

Keine wirtschaftliche Freiheit ohne gesellschaftliche Verantwortung

Die Globalisierung ist heutzutage Realität und hat uns Schweizerinnen und Schweizern viele Vorteile gebracht. Zahlreiche hier ansässige multinationale Konzerne profitieren davon, global wirtschaften zu können. Eine grosse Mehrheit macht dies auch tadellos und unter Einhaltung der Spielregeln. Doch es gibt sie, die wenigen schwarzen Schafe, die im Ausland auf Kinderarbeit setzen oder die Umwelt zerstören, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Sie nutzen Gesetzeslücken in Entwicklungsländern aus – wo es oftmals keine funktionierende Justiz gibt – und verschaffen sich damit einen Konkurrenzvorteil. Um das zu unterbinden braucht es die Konzernverantwortungsinitiative.

Die Initiative ist gut umsetzbar und weder wirtschaftsfeindlich noch «linksextrem»: Erstens sind KMUs explizit von der Vorlage ausgenommen, ausser sie sind in Hochrisiko-Branchen wie dem Gold- und Diamantenhandel tätig. Zweitens beschränkt sich die Haftungsregel auf effektiv kontrollierte Unternehmen und gilt nicht für Lieferanten. Drittens hätte die Initiative keine Flut an Erpresserklagen zur Folge, da sie nicht rückwirkend gilt und die Hürden sehr hoch sind. Denn die Beweislast und das Kostenrisiko liegen bei der klagenden Person. Diese müsste einem Schweizer Zivilgericht zunächst eine ganze Reihe von Beweisen vorlegen: Schaden, Widerrechtlichkeit, Kausalität und die Kontrolle des Unternehmens durch den Konzern. Sind diese Bedingungen erfüllt, kann sich der Konzern immer noch entlasten, indem er aufzeigt, dass er seiner Sorgfaltspflicht nachgekommen ist. Damit funktioniert die «Kovi» wie die bewährte Geschäftsherrenhaftung unseres Obligationenrechts. Sachverhalte mit einem internationalen Bezug gehören für Schweizer Gerichte bereits zum Alltag, etwa im Handels- oder Familienrecht.

Die Konzernverantwortungsinitiative stärkt das Ansehen des Wirtschaftsstandorts Schweiz und den Ruf seiner Konzerne. In vielen Staaten wie Frankreich, den Niederlanden und England sind bereits Gesetze zur Konzernverantwortung in Kraft. Die EU und andere Länder sind gerade dabei, solche zu entwickeln. Ein Ja ermöglicht es uns, mit internationalen Bestrebungen in diesem Bereich Schritt zu halten und diese aktiv mitzugestalten. Mit einem Nein riskieren wir, später als Schlusslicht eine fixfertige Lösung von aussen aufgedrückt zu bekommen – wie im Fall des Bankgeheimnisses.

Ich möchte klare Spielregeln für einen fairen Wettbewerb in unserer globalisierten Welt. Deshalb sage ich am 29. November Ja zur Konzernverantwortungsinitiative.

Anja Meier, Kantonsrätin SP, Willisau